



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KV/252 - 3. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Belastungsprobe

78

Deutsche Soldaten in Frankreich - von  
drüben und hüber gesehen

2 - 3

Erfolge der Zusammenarbeit

69

Zur Beilegung der österreichischen Regierungskrise  
Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

4

Botschafter guten Willens

29

Zum Neuf-Besuch in Indien

4

Unerwünschter Bischof

20

Auswüchse verfehlter Rassenpolitik

5 - 7

Entwicklungshilfe

137

Nicht nur eine wirtschaftliche Aufgabe

Von H.G. Ritzel, MdB

\* \* \*  
\* \*

Belastungsprobe

Deutsche Soldaten in Frankreich - von drüben und hüten gesehen

sp- Die Manöver deutscher Truppen in Frankreich bieten der deutschen und ausländischen Presse Anlass zu unzähligen Artikeln. Tenor der meisten in deutschen Zeitungen erscheinenden Reportagen ist: Es scheint ja nicht so schlimm zu werden, wie wir vermutet hatten.

Die kommunistischen Zeitungen Frankreichs lassen natürlich den Ton der Feindseligkeit gegenüber "den Deutschen" dominieren. Das war zu erwarten und sollte niemanden stören. Die französischen Kommunisten scheinen ganz vergessen zu haben, dass ihr anti-deutsches Geschrei auch vielen Franzosen nicht gefällt, weil diese sich noch allzu gut daran erinnern, dass die KPF 1939 - zur Zeit des Bündnisses zwischen Hitler und Stalin - die französischen Arbeiter aufforderte, "Gewehr bei Fuss" zu stehen...

Viel wichtiger ist jedoch das Verhalten der nichtkommunistischen Presse in Frankreich und die Stimmen, die inzwischen aus nichtkommunistischen Kreisen laut geworden sind. "Le Monde", die wohl am meisten zitierte Pariser Zeitung, widmet in ihrer Mittwoch-Ausgabe dem Ereignis nicht nur einen Leitartikel auf der ersten Seite, sondern räumt auch auf der zweiten Seite einen beachtlichen Platz für eine äusserst kritische Stellungnahme des Präsidenten der Vereinigung der Familien der Märtyrer von Chatou, G. Mauchaussat, ein (in Chatou wurden französische Widerstandskämpfer exekutiert). Im Leitartikel von "Le Monde" wird uns Deutschen mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, dass wir bereit sind, allzu schnell das Vergangene zu vergessen. Nur ein Optimist, der Frankreich lediglich von seinen Besuchen am Place Pigalle kennt, dürfte aus diesem Leitartikel eine Sympathiebezeugung für die Anwesenheit deutscher Soldaten auf französischem Boden konsturieren können. Äusserst bemerkenswert, und das Denken der meisten Franzosen widerspiegelnd, sind die ständigen Hinweise auf den Zweckmässigkeitscharakter der Manöver, wobei die Frage des hierüber hinausgehenden deutsch-französischen Verhältnisses völlig offen gelassen wird. Bezeichnend aber für das, was man sich in Frankreich unter europäischer Politik vorstellt, ist nachstehender Satz:

"Aber wenn man die Notwendigkeit der Beteiligung Deutschlands an einem gemeinsamen Werk akzeptiert, ist dieses nicht anders denkbar, als durch die Konstruktion Europas - eines Europa, das weder das Instrument des Pentagon noch des Kreml ist; und man kann nicht auf halben Weg anhalten".

Hier wird ein Programm angedeutet, das sicher nicht nur von der Redaktion der Zeitung entwickelt wurde, sondern ohne Zweifel den Vorstellungen des französischen Staatschefs entspricht.

Die auf der zweiten Seite der gleichen Zeitung erfolgte Stellungnahme von G. Mauchaussat ist viel schärfer, als alle Artikel, die man über die deutschen Manöver in den kommunistischen Zeitungen Frankreichs lesen kann. Hier wird de Gaulle aufgefordert, an die Witwen und Waisen der Opfer des ersten und zweiten Weltkrieges zu denken, und es wird klar gesagt, dass sich die Stimmen der Hinterbliebenen der Opfer von Exekutierten nicht mit dem Lärm deutscher Stiefel vermischen dürfen, die den Boden Frankreichs hämmern.

Wir glauben kaum, dass der Artikel von Herrn G. Mauchaussat den Auffassungen der "Le Monde"-Redaktion entspricht. Aber allein die Tatsache, dass "Le Monde" die Stellungnahme eines so bekannten und geachteten Mannes veröffentlicht, lässt darauf schliessen, wie sehr man in Paris bereit ist, Stimmungen im französischen Volk zu respektieren, die den zahllosen heute unseren Manöver-Soldaten nacheilenden Zeitungsreportern kaum bewusst werden dürften.

Es fehlt in der französischen Öffentlichkeit auch nicht an Andeutungen über angeblich historische Parallelen für die Anwesenheit deutscher Truppen in Frankreich. So erinnert man z.B. daran, dass 1871 preussische Truppen vor den Toren von Paris standen, während die bürgerliche Reaktion die nach Freiheit rufenden Arbeiter in der Stadt selbst von Exekutionskommandos niederschliessen liess. Ebenso häufig wird auch auf das Jahr 1940 verwiesen, als sehr hintergründige politisch-militärische Machenschaften der Rechten den Einmarsch deutscher Truppen nach Frankreich begünstigten.

Das mag für Deutsche alles sehr verwirrend sein, für Franzosen jedoch ist es der Hintergrund von Ressentiments, die ihre Wahrung nicht nur in den unmittelbaren Kriegsereignissen finden. Wir glauben auch nicht, dass die jetzt in Frankreich zum Ausdruck gekommenen Stimmungen mit Tagesbefehlen an die Truppe und mit der Veröffentlichung von netten Bildchen mit kinderliebenden Soldaten und ähnlichen Freundlichkeiten aus der Welt geschafft werden können. "Le Monde" erinnert daran, dass 1940 an den Mauern von Paris auch ein Plakat zu sehen war, das einen kinderstreichelnden deutschen Soldaten zeigt, während daneben die Bekanntmachung der Exekution eines Franzosen stand...

Unsere Hoffnung und unser Wunsch ist es, dass es gelingen möge, die Empfindlichkeiten, die jetzt in Frankreich durch das Auftreten deutscher Truppen wieder zu Tage gefördert wurden, bald in eine reale Betrachtungsweise des gemeinsamen europäischen Schicksals unserer Generation überzuleiten. Wir Deutschen haben hierbei eine grosse Leistung zu vollbringen, die mehr sein muss, als die Schilderung eines ruhig verlaufenden Tanzabends in Mourmelon oder Sissonne...

## Erfolge der Zusammenarbeit

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Jener dankwürdige Tag, an dem 1955 der letzte alliierte Soldat vereinbarungsgemäß österreichischen Boden verlassen haben mußte und der Staatsvertrag damit in volle Wirksamkeit trat, wird in Österreich seither alljährlich als "Tag der Fahne" gefeiert. Es ist dies der 26. Oktober. Die durch den Abschluss des Staatsvertrages erlangte Freiheit war nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, ÖVP und SPÖ, all die Jahre zuvor der innere Friede gewahrt und schließlich eine weltpolitisch günstige Situation im entscheidenden Augenblick durch innere Einigkeit genützt werden konnte.

Der Tag, der in diesem Jahr dem österreichischen Feiertag folgte, der 27. Oktober, brachte gleichsam die Bestätigung des Wertes der demokratischen Zusammenarbeit. Zwei wichtige Anliegen der österreichischen Bevölkerung wurden am gleichen Tage in höchst zufriedenstellender Weise geregelt: Der Politische Sonderausschuß der Vereinten Nationen in New York nahm eine allseits befriedigende Südtirolresolution einstimmig an und der Koalitionsausschuß der beiden österreichischen Regierungsparteien in Wien einigte sich über bedeutende sozialpolitische Verbesserungen und über das damit zusammenhängende Budget 1961. Erfolge auf innen- und außenpolitischem Gebiet an einem Tag, noch dazu von solcher Tragweite und solcher grundsätzlicher Bedeutung, sind ein Beweis dafür, daß in einem demokratischen Staatswesen der Ausgleich von Interessengegensätzen möglich und in dieser Form wünschenswert ist. Voraussetzung ist allerdings der Wille zur Zusammenarbeit.

Als reaktionäre Kreise der Österreichischen Volkspartei im Vorjahr die Neigung zur Alleinherrschaft erkennen ließen, appellierte die Sozialistische Partei in einem Wahlkampf an das österreichische Volk, für eine Fortführung der bewährten Zusammenarbeit in der Koalition einzutreten. Die Wahlen vom 10. Mai 1959 brachten einen Sieg der Sozialisten, die stimmenmäßig, zur stärksten Partei des Landes wurden, und damit auch eine Bestätigung ihres Grundsatzes der Zusammenarbeit.

Die jüngste Regierungskrise im Zusammenhang mit den Parteiverhandlungen über das kommende Budget wurde von oppositioneller Seite in völliger Verkennung der Hintergründe und Tatsachen als das "Ende der Koalition" gewertet. In Wahrheit handelte es sich um eine interne Parteikrise der ÖVP, die mit dem Generationsproblem in ihrer Führungsschicht nicht fertig geworden ist. Zudem standen wirklich schwierige

Fragen der finanziellen Deckung entscheidender familienpolitischer Förderungsmaßnahmen sowie auch einer großzügigen Rentenreform zur Diskussion. So kam es, daß die Regierung nicht in der Lage war, den Budgetvoranschlag fristgerecht dem Parlament zu überreichen. Damit war ihre formelle Demission notwendig.

Bundespräsident Dr. Adolf Schärf, der einstige Vizekanzler und SPÖ-Parteivorsitzende, behielt sich jedoch die Entscheidung über die Annahme der Regierungsdemission vor und verlangte die Fortsetzung der Verhandlungen. In höchster staatspolitischer Verantwortlichkeit gab er damit dem Gedanken demokratischer Zusammenarbeit eine neue Chance der Bewährung, gleichzeitig sicherte er der österreichischen Delegation bei den Vereinten Nationen in entscheidender Stunde ihren offiziellen Status und damit auch die Voraussetzung für den Erfolg, mit dem sie nun aus New York zurückkehren konnte.

Durch die einstimmige Annahme eines neuen Resolutionsentwurfes hat Österreich die Genugtuung, daß in der Frage Südtirols zwischen Österreich und Italien Verhandlungen unter dem moralischen Gewicht der Vereinten Nationen und mit dem Ziele der Erhaltung des ethnischen Charakters der Südtiroler geführt und zu einem Ergebnis gebracht werden müssen. Die 18-köpfige österreichische Delegation unter Führung von SPÖ-Außenminister Dr. Bruno Kreisky und ÖVP-Staatssekretär Prof. Dr. Franz Gschnitzer setzte sich aus Vertretern aller drei im Parlament vorhandenen Parteien, ÖVP, SPÖ und Freiheitliche Partei (FPÖ), zusammen. Als Sprecher der ÖVP dankte Nationalrat Franz Frinke dem sozialistischen Außenminister und der ÖVP-Landesrat Dr. Alois Oberhammer erklärte, die Delegierten, die sich vorher kaum gekannt hatten, seien zu Freunden geworden. Der Parteivorstand der SPÖ richtete einen offiziellen Dank an Außenminister Kreisky und ebenso an alle Angehörigen der Delegation, einschließlich der Vertreter der anderen beiden Parteien. Bei voller Wahrung ihrer Grundsätze steht nämlich für die SPÖ sowie für einen maßgeblichen Kreis innerhalb der ÖVP das Wohl Österreichs höher als ein parteidektinärer Egoismus.

Botschafter guten Willens

sp - Mit für einen "ausgedienten" Staatsmann ungewöhnlichen Ehren wurde Altpräsident Prof. Heuß in Indien empfangen. Prof. Heuß ist für drei Wochen Gast der indischen Regierung. Sie hat ihm ein Sonderflugzeug zur Verfügung gestellt, das ihm Gelegenheit geben wird, von einem zum anderen Ende des Subkontinents zu reisen. Mehrstündige Unterhaltungen mit den Repräsentanten des geistigen und politischen Lebens Indiens, darunter mit dem Ministerpräsidenten Nehru, sind vorgesehen. Die ungewöhnliche Hochachtung, die der erste Präsident der Bundesrepublik in Indien genießt, findet auch darin ihren Ausdruck, daß er im Präsidentenpalais wohnen wird, eine Ehre, die in der Regel nur aktiven Staatsoberhäuptern zukommt.

Mit vielen führenden Indern weisst sich Heuß aus den Tagen seiner Bundespräsidentschaft und als Mitglied des Panklubs freundschaftlich verbunden. Mit ihm, und darüber können wir alle nur höchste Genugtuung empfinden, ehrt Indien den Repräsentanten der neuen deutschen Demokratie und die Persönlichkeit, die in schwersten Notzeiten an die Spitze der Bundesrepublik berufen wurde und durch ihr Wirken dem freien Teil Deutschlands wieder Achtung erwarb. Heuß weilt zu einer Zeit in Indien, in der sich wieder schwere Stürme gegen die Bundesrepublik erheben und in der es gilt, bestehende Freundschaften auszubauen und neue zu erwerben. Wir brauchen das Verständnis der Gutgesinnten in der Welt, der zu Wohlwollen und Unterstützung. Indien mit seinen fast 400 Millionen Menschen und unter der klugen Führung eines Nehru kommt heute in der Weltpolitik wachsende Bedeutung zu, seine Stimme im Chor der Völker ist nicht zu überhören. Prof. Heuß reist zwar als Privatmann, aber gleichzeitig ist er auch ein Botschafter guten Willens. Ihn begleiten die herzlichsten Glückwünsche aller deutschen Demokraten.

+ + +

Unerwünschter Bischof

sp - Die Regierung der Südafrikanischen Union scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein. Nun hat sie sogar einen Bischof, den anglikanischen Bischof von Johannesburg, D. Ambrose Reeves, die Wiederzuzug in die Union verweigert, weil er öffentlich die Rassenpolitik seiner Regierung verurteilt hatte. Diese "Totsünde" eines von seinem Gewissen geplagten kirchlichen Würdenträgers beantworteten die verblendeten Rassenfanatiker Südafrikas mit der Strafe des Exils.

Welche Auswüchse wird dieser Wahn noch hervorbringen? Dieser mutige Bischof trat, eingedenk des Wortes Gottes, daß vor ihm alle Menschen gleich sind, für die Aufhebung aller die schwarzen Einwohner schwer treffenden Diskriminierungen ein, für eine Versöhnung der Rassen also, die sich heute bitterlich bekämpfen. Die unduldsame Haltung der weißen südafrikanischen Regierung in der Rassenfrage bleibt für die andere Seite nicht ohne Folgen; auch dort zieht ein Fanatismus herauf, der mit jedem Tag einen Brückenschlag zwischen den verschiedenen Rassen immer aussichtsloser erscheinen läßt. Der Bischof Reeves wollte ihn versuchen, aber damit beschwor er den Zorn von Männern herauf, die sich auch Christen nennen. Allerdings sind es Christen besonderer Art; was sie tun, ist mehr des Teufels und mit dem Christentum hat es nichts gemein.

+ + +

### Entwicklungshilfe

-----

Nicht nur eine wirtschaftliche Aufgabe

Von H.G. Ritzel, MdB.

Entwicklungshilfe ist eine Aufgabe, die sich den wohlhabenderen Völkern unausweichlich stellt. Die europäischen Völker sollten dies aus eigener Erfahrung wissen, denn sie haben ihren Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg einer Entwicklungshilfe - dem Marshallplan - zu wesentlichen Teilen zu verdanken. Heute sind sie nun, dank auch ihrer weltwirtschaftlichen Verflechtung, in der Lage, Entwicklungshilfe zu geben. Aus den Empfängern von damals müssen heute Geber werden. Die Zeit ist gekommen, da neu überdacht werden muss, ob trotz allen eigenen Schwierigkeiten nicht doch ganz entschieden ein Programm der Entwicklungshilfe auf breiter Basis in Angriff genommen werden muss. Der Sinn einer solchen Hilfe ist klar und die Möglichkeiten, d.h. die Voraussetzungen materieller Art bei den europäischen Völkern - darunter insbesondere auch der Bundesrepublik - sind gegeben.

Wenig Zweck hätte es aber, wenn die Bundesrepublik im Bewusstsein ihrer Möglichkeiten, ihrer Einsicht in die Notwendigkeit einer Hilfe und aufgrund eines wachsenden internationalen Druckes, mehr zu tun als bisher, Hals über Kopf eine Hilfstätigkeit entfaltet, die mehr emotional und weniger pragmatisch gestattet würde. Ihr Erfolg hängt nämlich von einer sorgfältigen Prüfung der Voraussetzungen in erster Linie auf der Empfangsseite ab. So begriffen ist Entwicklungshilfe nicht identisch mit der "Wanderung von Sach- und Geldkapital über Grenzen". Sie ist mehr und sie muss mehr sein, wenn die Geberländer keine Ressentiments in den Empfängerländern schaffen wollen, Länder, die in sehr vielen Fällen erst in jüngster Zeit Eigenstaatlichkeit erlangt haben und verständlicherweise nationalistische Züge aufweisen.

### Hilfsmöglichkeiten der Bundesrepublik

Entwicklungshilfe umfasst alles, was Hilfe bedeutet. Sie ist also vom Standpunkt der Empfangsseite zu bewerten, was allerdings nicht auszuschließen braucht, dass auch der Geberseite aus ihr Vorteile erwachsen. Unter diesem Gesichtspunkt ist beispielsweise eine verstärkte Abnahme der Erzeugnisse der Entwicklungsländer zur Konsumtion oder Weiterverbreitung in den Geberländern eine echte Hilfe. Dieser Art wird Entwicklungsländern eine bessere Möglichkeit gegeben, in dritten Ländern zu kaufen oder privatwirtschaftlichen Kredit zu etablieren. Solange die Volkswirtschaften der europäischen Länder noch weitgehend national geordnet sind, hat gerade die Bundesrepublik durch Abgabenstreichung bei der Einfuhr echte Hilfsmöglichkeiten. Pläne, die in diese Richtung gehen, sind ja auch schon bekannt geworden. Eine andere Form der Hilfe könnte im Zeichen noch nicht vollständig hergestellter Konvertibilität der Währungen in der Bereitstellung von benötigter Währung an Entwicklungsländer durch devisenstarke Geber bestehen. Es lassen sich also neben der Wanderung von Sach- und Geldkapital über Grenzen und den personellen Hilfen, die in ihrem Wesen eine Grenzüberschreitung des Produktionsfaktors "Arbeit" gleichkommen, noch andere Hilfsmassnahmen ergreifen,

Die technische Abwicklung der Hilfsmassnahmen ist bei gutem Willen nicht schwer. Viel schwieriger ist es, das Ziel zu erkennen und die zweckdienliche Form der Hilfeleistung zu finden.

#### Armut, Krankheit, Unwissenheit bekämpfen

Ziel aller Hilfeleistungen ist, die Empfänger in die Lage zu versetzen, mit dem Leben besser als bisher fertig zu werden, Armut und Krankheit zu bekämpfen und Unwissenheit beheben zu können. Jede Massnahme, die zur Änderung bestehender Zustände getroffen wird, ist direkt eine wirtschaftliche, aber sie ist nicht nur eine wirtschaftliche. Sie beinhaltet zusätzlich medizinische, soziologische und auch politische Momente. Hilfeleistung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie gegen keines dieser Momente verstösst. Erfüllt sie diese Forderung nicht, bleibt sie nicht nur ohne Erfolg, kann sie sogar Animosität im Empfangsland erzeugen, wie die Vergangenheit an vielen Beispielen gezeigt hat. Wo die echte Hilfeleistung im Einzelfall anzusetzen ist, soll aufgrund örtlicher Umstände entschieden werden. Hierbei ist örtlich in all jenen Fällen eher eng als weit auszulegen, in denen das Verkehrssystem des Empfangslandes nicht leistungsfähig oder die Verbindung von Bevölkerungsteil zu Bevölkerungsteil durch vernunftwidrige Vorurteile behindert ist. Je leistungsfähiger das Verkehrssystem ist und je geringer "Vorurteile" sind, desto weiter jedoch ist der Begriff "örtlich" im geographischen Sinn aufzufassen.

Die überwiegende Mehrzahl der Entwicklungsländer hat heute ziemlich genaue Vorstellungen ihres Bedarfs. Ob nun aber schon Vorstellungen bestehen oder nicht, im wesentlichen wird Entwicklungshilfe gemäss Plänen ablaufen müssen. Eine planlose Hilfe, d.h. eine Hilfe, die aufgrund zufälliger oder zeitbedingter wirtschaftlicher Strukturdifferenzen unter rein privatwirtschaftlichen Aspekten gegeben wird, kann unter mittel- und langfristigen Gesichtspunkten sinnlos sein und zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen arm und reich im Entwicklungsland zum Nachteil von Motiv und Ziel der Hilfeleistung beitragen. Planen in der Entwicklungshilfe heisst nun nicht, Pläne um ihrer selbstwillen aufstellen und ausführen. Wo Mangel herrscht und wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Behebung des Mangels zeitweise gering sind, kann nur eine "Planwirtschaft" im eigentlichen Sinn des Wortes, ohne antiquierte politische Färbung, Abhilfe schaffen. Aus diesem Grund planen die Entwicklungsländer, d.h. sie denken voraus, aus diesem Grund auch scheinen in weniger hoch organisierten Volkswirtschaften jene Stellen in erster Linie als Empfänger geeignet zu sein, die den Auftrag haben, vorauszudenken, nämlich staatliche Organe. Jede echte Hilfsbereitschaft auf Seite von Gebern muß diesem Umstand Rechnung tragen.

#### Im Ermessen der Empfangsseite

Es wäre im Interesse der Sache nicht zulässig, zu argumentieren, daß Hilfe aus privatwirtschaftlicher Quelle ausschließlich privaten Empfängern und staatliche Hilfe nur staatlichen Organen auf Empfangsseite zukommen darf und soll. Die Vereinigten Staaten, die anfangs zu einer solchen Auffassung neigten und die zudem den Primat der Wirtschaftshilfe auf den privatwirtschaftlichen Sektor legten, haben gerade auch dies in den vergangenen zwei Jahren eingesehen und sollen Hand in Hand gehen. Welche Form im Einzelfall überwiegen soll, ist vorwiegend in das Ermessen der Empfangsseite zu stellen. Jedenfalls

geht es nicht an, Bedingungen an die Form und die Höhe der Hilfeleistung zu knüpfen, die aus einer westlichen Wirtschaftsauffassung geboren sind, einer Auffassung, die im Hinblick auf die politischen, soziologischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten auf Empfangsseite unter Umständen der Erzielung optimaler Resultate entgegensteht. Zweifellos bedeutet eine solche Forderung für private Geber sehr viel. Daß aber diese Geber aus Einsicht in die Verhältnisse auf Empfangsseite verantwortungsbewußt handeln können, ist in der Vergangenheit schon bewiesen worden. Insbesondere haben amerikanische Privatstiftungen hier einen hohen Grad von Einsicht und Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt.

#### Keine militärpolitischen Bedingungen stellen!

Allerdings kann eine Entwicklungshilfe auch nicht völlig bedingungslos gegeben werden. Die Kriterien, die für die Vergabe oder eine Verweigerung maßgeblich sind, dürfen aber nicht militärpolitischer Natur sein; Sinn der Vorhaben und Möglichkeiten ihrer Durchführung aber dürfen ebenso wenig außer Acht gelassen werden. Somit sind unter wirtschaftlichen und soziologischen Gesichtspunkten als auch im Hinblick auf die Förderung demokratisch-politischer Haltung, Erziehung und Einrichtungen sehr wohl Bedingungen zu stellen. Schließlich geschieht dies zum Schutz sowohl der Geberseite als auch der Empfangsseite. Gerade letzteres läßt den Schluss zu, daß Entwicklungsländer keine Einwendungen gegen solche "Bedingungen" haben würden. Klammert man das politische Moment gänzlich aus, dann laufen Demokratie Gefahr, ihre Gegner selbst großzuziehen und insofern bedürfen die Gespräche der Wirtschaftler, Politiker und Diplomaten, die am 29. Oktober 1960 in Paris beendet wurden und Entwicklungshilfe unter rein wirtschaftliche Aspekte gestellt haben wollen, einer Korrektur. Und sieht man von den soziologischen Momenten ab - und dies haben die Vereinigten Staaten in den langen Jahren ihrer Hilfeleistung meist getan - dann besteht die ebenso große Gefahr, daß eine dem Empfängerland fremde Gesellschaftsstruktur eingeführt wird oder eine bestehende schlechte Struktur gestärkt wird. Das Ergebnis wäre genau das Gegenteil dessen, was angestrebt wird, nämlich keine Überwindung der Gegensätze zwischen arm und reich, sondern eine Vertiefung des Grabens. Es kann daher nur wiederholt und nicht erneut genug darauf hingewiesen werden, daß die Kriterien, nach denen Entwicklungshilfe gegeben wird, nicht die Wünsche der Geberseite, sondern jene der Empfängerseite sein müssen. Wenn dabei auf der Geberseite Abstriche von liebge gewordenen Auffassungen notwendig werden, so sind diese - mit Ausnahme der Förderung des demokratischen Gedankens - im Interesse der Erreichung der Ziele, die allen Beteiligten bekannt sind, unbedingt vorzunehmen.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel